Stand: 13.12.2025 04:56:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10339

"Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen - Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10339 vom 03.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11100 des GP vom 14.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11378 vom 10.05.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 10.05.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.03.2016 **Drucksache 17/10339**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Martina Fehlner SPD**

Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen –
Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung für Kinder mit chronischen und seltenen Erkrankungen sowie Kindern mit Behinderung bekannter zu machen. Hierzu sollen u.a. bestehende Beratungsangebote gestärkt werden und an Stellen, wo es noch keine Beratungsangebote gibt, sollen diese ausgebaut werden. Weiterhin sollen Ärztinnen / Ärzte und Therapeutinnen / Therapeuten stärker sensibilisiert werden und die Kooperation zwischen ihnen und der Eltern-Selbsthilfe gestärkt werden.

Begründung:

Die Kindernetzwerk-Studie 2014[1] zeigt, dass Familien mit chronisch kranken Kindern gegenüber anderen Familien stärker belastet, gesundheitlich und sozial benachteiligt, finanziell und wirtschaftlich schlechter gestellt sind. Bei Familien mit behinderten Kindern ist der Unterschied noch deutlicher. Auffällig ist, dass die wenigsten Eltern Kenntnis über die Maßnahmen zur Familienentlastung haben: „78,4 Prozent kennen diese fast gar nicht oder nur wenig. Auch den Bereich der Frühförderung kennen knapp zwei Drittel der Eltern nur wenig oder fast gar nicht. Damit besteht in zwei wesentlichen Bereichen, die zur Entlastung von Familien dienen, ein deutliches Informations- und Beratungsdefizit."

Die frühzeitige und gezielte Förderung bei Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen sowie bei Kindern mit einer Behinderung spielt eine zentrale Rolle für ihre Entwicklung. Oben genannte Studie kommt weiterhin zu der Erkenntnis, dass Informations- und Beratungsdefizite geringer sind, wenn die Eltern einen konkreten kompetenten Ansprechpartner haben, der sie über Hilfen ausreichend informieren kann. Etwa 26 Prozent der Befragten haben einen solchen Ansprechpartner. Die überwiegende Mehrzahl der betroffenen Familien vermisst einen verlässlichen und kundigen Lotsen, der sie durch das nicht immer einfach zu verstehende Gesundheitssystem lotst. Neben den bisherigen Reha-Servicestellen und Pflegestützpunkten sollten daher weitere unabhängige Beratungsstellen eingerichtet werden. Wichtig ist hierbei, dass es für Eltern von pflegebedürftigen Kindern leicht ersichtlich ist, wo sie Unterstützung und Beratung erhalten können. Analog zu den Forderungen im Antrag „Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II" auf Drucksache 17/8989 der SPD-Fraktion soll die Staatsregierung auch die gezielte Beratung von Familien mit chronisch kranken und behinderten Kindern in den Blick nehmen und sicherstellen, dass beim Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote (Drs. 17/8989) auch die jüngeren Pflegebedürftigen ausreichend berücksichtigt werden. Die Beratung für Familien von erkrankten Kindern soll dabei an die Beratungsstrukturen für erwachsene Pflegebedürftige gekoppelt werden. Notwendig sind dort dann kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die sich mit ihrer Expertise für eine vollständige Teilhabe der Kinder mit besonderem Bedarf einsetzen. Die bislang dafür vorgesehenen Reha-Servicestellen erfüllen diese Anforderung noch nicht ausreichend. Insbesondere bei Fragen des Leistungsrechts ist eine Anlaufstelle wichtig, bei der die Beratung über alle Ansprüche aus dem Sozialgesetzbuch zusammenläuft und diese Leistung aus einer Hand gewährleistet. Oft müssen die Eltern unterschiedliche Leistungen bei verschiedenen Trägern beantragen. Da es hier zu wenig koordinierende Stellen gibt, kommt es beim Übergang in die nächste Leistung immer wieder zu vermeidbaren Wartezeiten. Außerdem sollten aufsuchende Beratungs- und Hilfestrukturen etabliert werden. Hierbei könnten Kinderärztinnen und Kinderärzte oder behandelnde Krankenhausärztinnen und Krankenhausärzte eine Rolle spielen und entsprechend stärker sensibilisiert werden. Eine Aufklärungskampagne würde dazu beitragen, dass sowohl die Eltern als auch die Ärztinnen / Ärzte und Therapeutinnen / Therapeuten besser Bescheid wissen, an wen man sich im Fall der Fälle wenden kann. Dabei ist auf eine stärkere Kooperation zwischen der Eltern-Selbsthilfe und den Ärztinnen / Ärzten zu achten.

[1] Kofahl, Christopher und Lüdecke, Daniel: Familie im Fokus – Die Lebens- und Versorgungssituation von Familien mit chronisch kranken und behinderten Kindern in Deutschland. Ergebnisse der Kindernetzwerk-Studie. Berlin 2014.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.04.2016 **Drucksache** 17/**11100**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 17/**10339**

Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen – Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 15. März 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 13. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 14. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.05.2016 **Drucksache** 17/**11378**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Martina Fehlner SPD**

Drs. 17/**10339**, 17/**11100**

Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen – Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Doris Rauscher
Abg. Steffen Vogel
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Ulrich Leiner
Staatssekretär Johannes Hintersberger
Abg. Kathrin Sonnenholzner
Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 10 und 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. (SPD)
Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen - Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen (Drs. 17/10339)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. (SPD)
Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen II (Drs. 17/10572)

Ich gebe bekannt, dass zu dem Antrag auf Drucksache 17/10572 namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unsere erste Rednerin ist die Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion möchte Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen. Das ist das Ziel unseres Antrags. Deshalb haben wir den Antrag, der bereits im Fachausschuss beraten wurde, noch ins Plenum hochgezogen.

Die Kindernetzwerk-Studie aus dem Jahr 2014 zeigt, dass Familien mit chronisch kranken Kindern gegenüber anderen Familien stärker belastet, gesundheitlich und sozial benachteiligt, finanziell und sogar wirtschaftlich oftmals schlechtergestellt sind. Für Familien mit behinderten Kindern ist der Unterschied sogar noch deutlicher. Die Mehrzahl der Eltern hat keine Kenntnisse über die Maßnahmen zur Familienentlastung.

78,4 % kennen diese fast gar nicht oder nicht ausreichend gut. Auch den Bereich der Frühförderung kennen nur knapp zwei Drittel der Eltern, manche so gut wie gar nicht. Damit besteht in zwei wesentlichen Bereichen, die zur Entlastung von Familien dienen, ein ganz deutliches Informations- und Beratungsdefizit.

Die Studie ergab, dass diese Defizite geringer sind, wenn Eltern einen konkreten Ansprechpartner haben, über den sie Hilfe beziehen können.Laut der Studie haben 26 % der Befragten einen Ansprechpartner. Die überwiegende Zahl vermisst einen solchen. Deshalb brauchen wir Beratungsstellen, damit alle Eltern von pflegebedürftigen Kindern einen Ansprechpartner haben, der sie durch das nicht immer einfach zu verstehende Gesundheitssystem begleitet.

Stellen Sie sich doch einfach vor, Sie sind Eltern von chronisch kranken oder behinderten Kindern. Das stellt die Familie ohnehin vor große Herausforderungen. Wie ist der Alltag zu gestalten? Wie bekommt man Beruf und Familie unter einen Hut? Wo kann man beraten werden? Was passiert mit den Geschwisterkindern? Das Ganze kostet nicht nur Zeit, sondern vor allem viel Kraft. Genau an dieser Stelle setzt unser Antrag an. Wir brauchen kompetente Ansprechpartner für diese Familien, die ohnehin stark belastet sind. Für sie muss leicht ersichtlich sein, wo sie sich Unterstützung und Beratung holen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben unlängst hier im Plenum den Antrag der SPD-Fraktion "Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II" positiv beschieden. Analog dazu soll nun die gezielte Beratung von Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen in den Blick genommen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass beim Ausbau der Beratungsstrukturen für pflegende Angehörige auch die jüngeren Pflegebedürftigen und ihre Familien ausreichend berücksichtigt werden. Das ist das Ziel unseres Antrags. Das ist die Essenz. Das wollte ich auf den Punkt bringen,

weil ich im Rahmen der Diskussionen im Fachausschuss den Eindruck hatte, dass uns das Wort ganz gerne im Mund umgedreht wurde.

Momentan herrscht ein Wildwuchs in den Beratungsstrukturen wie auch im Bereich älterer Pflegebedürftiger. Genau an dieser Stelle setzen wir an. Wir möchten eine einheitliche Struktur. Wir wollen das bestehende Angebot in Form bringen. Ein erster Schritt dorthin ist eine Standortanalyse der bereits bestehenden Angebote. Wir fordern keine Etablierung von mehr Therapieangeboten, sondern eine Analyse der bereits vorhandenen Angebote, damit eine einheitliche Beratungsstruktur analog zu den Strukturen für pflegebedürftige Ältere in unserer Mitte etabliert werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass die Ergebnisse der Kindernetzwerk-Studie sogar Eingang in den Bayerischen Kindergesundheitsbericht des vergangenen Jahres gefunden haben. Wenn sogar die Staatsregierung die Erkenntnisse der Studie, wonach Eltern von pflegebedürftigen Kindern ein deutliches Informations- und Beratungsdefizit haben, in den Kindergesundheitsbericht aufnimmt, kann die CSU-Landtagsfraktion nicht behaupten, dass kein Handlungsbedarf bestehe.

Umso mehr muss ich mich wundern, dass Sie als Regierungspartei beide Anträge, die ähnlich lauten, zweimal abgelehnt haben. Im Rahmen der Debatte zum ersten Antrag haben Sie argumentiert, der Antrag sei zu wenig konkret gewesen. Mit unserer Formulierung wollten wir der Exekutive gewisse konzeptionelle Freiheiten lassen. Scheinbar benötigt die Exekutive aber konkrete Vorgaben. Deshalb haben wir unsere Forderungen im zweiten Antrag konkreter formuliert und diesen an den Antrag "Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II" für ältere Pflegebedürftige angelehnt. Der Antrag wurde von der Mehrheitspartei ebenfalls abgelehnt.

Wir fragen uns, warum Sie die Beratungsstrukturen – das wäre das Einfachste auf der Welt – von Pflegebedürftigen, egal ob Kinder oder Senioren, und chronisch kranken Kindern nicht angleichen wollen. Das leuchtet uns nicht ein. Deshalb auch das Hochziehen des Antrags. Ich hoffe, Sie haben die Zeit seit der letzten Ausschussdebatte

genutzt, um in der Fraktion in sich zu gehen und dem Antrag doch zuzustimmen. Es geht nur um den konzeptionellen Ansatz und eine Struktur, nicht um die Schaffung neuer Angebote. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen. Deshalb bitte ich Sie heute erneut, sich einen Ruck zu geben und dieser Analyse sowie der Erstellung eines Konzepts zunächst einmal zuzustimmen. Wie es anschließend weitergeht, muss neu beraten werden.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Rauscher. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Vogel. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich verdienen Eltern von Kindern mit chronischen Erkrankungen unsere Unterstützung. Die SPD hat zwei Anträge gestellt. Ich zitiere aus dem ersten Antrag:

> Die Staatsregierung wird aufgefordert, Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühförderung für Kinder mit chronischen und seltenen Erkrankungen sowie Kindern mit Behinderung bekannter zu machen. Hierzu sollen u. a. bestehende Beratungsangebote gestärkt werden und an Stellen, wo es noch keine Beratungsangebote gibt, sollen diese ausgebaut werden. Weiterhin sollen Ärztinnen/Ärzte und Therapeutinnen/Therapeuten stärker sensibilisiert werden und die Kooperation zwischen ihnen und der Eltern-Selbsthilfe gestärkt werden.

Sie wollen mit Ihrem Antrag also Angebote bekannter machen und Ärzte und Therapeuten sensibilisieren. Ich zitiere aus Ihrem zweiten Antrag:

> Die Staatsregierung wird aufgefordert, analog zu den Forderungen aus dem Antrag "Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II" auf Drs. 17/8989 der SPD-Fraktion auch die gezielte Beratung von Familien von Kin-

dern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen in den Blick zu nehmen.

Noch einmal: Sie wollen bekannter machen, sensibilisieren und in den Blick nehmen. Wir fragen uns, ob das Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen tatsächlich hilft.

Frau Kollegin Rauscher hat am Ende ihrer Rede angeführt – ich zitiere –, dass es nicht darum geht, neue Angebote zu schaffen. Daran können Sie erkennen, dass die Frühförderung in Bayern sehr gut aufgestellt und bundesweit vorbildlich ist.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Für Ihren Antrag zitieren Sie die Studie "Familie im Fokus – Die Lebens- und Versorgungssituation von Familien mit chronisch kranken und behinderten Kindern in Deutschland". Wir verwahren uns dagegen, den Blick auf ganz Deutschland zu richten. Mit Sicherheit gibt es in anderen Bundesländern große Defizite, die jedoch nicht eins zu eins auf den Freistaat Bayern projiziert werden dürfen. Ich sage auch nicht: Da die Verschuldung in ganz Deutschland so hoch ist, ist sie das auch bei uns. Wir müssen unseren Blick auf die Situation in unserem Land richten. Wir müssen feststellen, dass wir eine sehr gute Beratungsstruktur haben. Wir haben die familienentlastenden Dienste im Rahmen der offenen Behindertenarbeit. Neben allgemeinen Beratungsangeboten zur Finanzierung und Betreuung der Pflege für Familien mit chronisch kranken oder behinderten Kindern und zu Einrichtungen der Behindertenhilfe mit Krisenintervention durch Gespräche und Vermittlung weitergehender Hilfen übernehmen sie auch stundenweise Betreuung und Freizeitgestaltung.

Wir haben 200 Frühförderstellen. Sie leisten in Bayern einen ganz wesentlichen Beitrag für Diagnose und Therapie von behinderten und chronisch kranken Kindern von der Geburt bis zum Schuleintritt. Wenn ein ärztliches Attest vorliegt, ist dieses Beratungsangebot auch kostenlos. Alle Aufsuchenden erhalten somit Hilfe. Dieses Angebot wird ergänzt durch 18 Sozialpädiatrische Zentren, die vor allem unter medizinisch-

er Leitung stehen. Es gibt die Internetplattform "intakt.info", auf der Eltern kostenlos Beratungsangebote herunterladen können. Außerdem bieten die Selbsthilfeverbände Beratungen, Informationen und Austausch an. Außerdem gibt es die LAG SELBSTHILFE Bayern e.V. als Dachverband der Bayerischen Behindertenverbände sowie die Selbsthilfekoordination in Bayern.

Darüber hinaus findet eine Vernetzung zwischen Fachverbänden im Gesundheitsbereich, Hausärzten, Apotheken, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen statt. Sie sehen, wir haben ein reichhaltiges Angebot, das Eltern mit chronisch kranken oder behinderten Kindern nutzen können.

Deshalb lehnen wir die Anträge ab. Warum? – Man muss den Blick der Staatsregierung nicht auf diese Familien lenken, weil die Staatsregierung die ganze Zeit schon den Blick auf die Familien hat. Die Beratungsstrukturen sind Länderaufgabe. Wenn andere Länder ihre Hausaufgaben nicht machen, ist das deren Problem. Die Bayerische Staatsregierung hat sich des Themas jedenfalls schon seit langer Zeit intensiv angenommen. Deshalb haben wir diese gute Beratungsstruktur.

Wir lehnen die Anträge ab. Was würde passieren, wenn wir alle Angebote beispielsweise bei den Pflegestützpunkten zusammenfassen würden? Wie gehen wir mit den Frühförderstellen um? Wie gehen wir mit den 18 Sozialpädiatrischen Zentren um? Wie gehen wir mit den familienentlastenden Diensten um?Wir wollen keine Parallelstrukturen entstehen lassen. Wir sind vielmehr der Überzeugung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der entsprechenden Stellen hervorragende Arbeit leisten und die Angebote ausreichend bekannt sind. Dementsprechend lehnen wir Ihre Anträge ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Vogel. Bitte bleiben Sie noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Rauscher gemeldet. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege Vogel, ich versuche es noch einmal ganz einfach.

Steffen Vogel (CSU): Sie können es auch kompliziert versuchen.

Doris Rauscher (SPD): Wir haben uns schon in der vergangenen Woche unterhalten, damals auf dem Flur. Ich meine das nicht despektierlich, sondern versuche, unser Anliegen auf den Punkt zu bringen. Es geht uns nicht um die Behauptung, dass wir in Bayern keine Therapieangebote hätten. Unsere Fachstellen leisten tolle Arbeit.

Steffen Vogel (CSU): Darin sind wir uns einig.

Doris Rauscher (SPD): Das Problem ist, dass viele Familien keine Kenntnis davon haben. Fast 79 % der Eltern haben keine Information darüber, welch tolle Angebote wir in Bayern haben. Daraus folgt, dass wir in Bayern analog zu den Unterstützungsangeboten für Menschen, die ältere Angehörige pflegen, auch Strukturen brauchen, die die Beratungsangebote des Freistaates den Eltern von Kindern mit chronischen oder seltenen Erkrankungen oder Behinderungen näherbringen. Diese eingehende Beratung als Brücke bzw. Mittelteil brauchen wir. Das Kind wird krank, und es folgt die Therapie. Dazwischen muss die Beratung stattfinden, weil anderenfalls die Eltern der Kinder mit chronischen oder seltenen Erkrankungen oder Behinderungen nur unzureichend von unseren wertvollen Angeboten erfahren. Um die bessere Bekanntmachung der Angebote geht es uns. Genau dafür hätten wir gern Ihre Zustimmung. Dieses Anliegen steht im Zusammenhang mit unserem Antrag, die Beratungs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige generell zu analysieren. Nicht mehr und nicht weniger ist unser Ziel. Wir beantragen keine zusätzliche Therapiestunde oder -stelle, sondern wir wollen nur die Information besser an die Eltern heranbringen. Das ist die Essenz unseres Antrags. Dass Sie ihn heute wieder ablehnen wollen, ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Ulrich Leiner (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Rauscher. – Herr Vogel, bitte.

Steffen Vogel (CSU): Zunächst einmal nehme ich zur Kenntnis, dass auch Sie die Angebote, die es in Bayern für Familien gibt, in denen Kinder mit chronischer Erkrankung oder mit Behinderung leben, als vollkommen ausreichend ansehen. Es bedarf also auch nach Ihrer Einschätzung keiner weiteren Angebote. Das ist zumindest ein positives Signal. Dieser Einschätzung stimmen wir natürlich umfänglich zu.

Sie probieren aber erneut, die Erkenntnisse der Kindernetzwerk-Studie eins zu eins auf Bayern zu übertragen. Das ist einfach nicht redlich. Die Situation in manch anderem Bundesland ist eine andere als die bei uns. Da wir auch auf diesem Gebiet erhöhtes Engagement zeigen, sind bei uns auch die Angebote wesentlich bekannter als in Bundesländern, in denen es dieses hohe Engagement nicht gibt. Daher wehre ich mich dagegen – ich wiederhole es –, die Ergebnisse, die irgendjemand für ganz Deutschland ermittelt haben will, eins zu eins auf den Freistaat Bayern zu übertragen.

Wir haben bereits eine entsprechende Struktur und wollen keine Parallelstrukturen aufbauen. Unser derzeitiges Angebot ist vollkommen ausreichend und nach unserer Überzeugung auch ausreichend bekannt. Deshalb lehnen wir den Antrag zum dritten Mal ab. Das ist auch konsequent. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Vogel. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schmidt. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, dass die CSU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Es geht um etwas anderes als das, was Sie vermuten, Herr Vogel. Ich möchte Frau Rauscher unterstützen, wenn sie betont, dass es um den Lebensanfang und den Anfang einer Familie geht. Wir haben leider selbst erlebt – Herr Kollege

Vogel, Sie vielleicht nicht –, wie es ist, wenn eine junge Familie die Diagnose erhält, dass das Kind chronisch krank oder behindert ist. – Entschuldigen Sie, aber das bewegt mich auch nach so vielen Jahren immer noch.

In der ersten Zeit hat man oft nichts anderes als ein Krankenhaus um sich herum. In der restlichen Zeit versucht man, für die anderen Mitglieder der Familie den Alltag zu organisieren bzw. die Familie irgendwie zusammenzuhalten. Unsere ältere Tochter war eineinhalb Jahre alt, als ihre Schwester geboren wurde. Wir haben im Krankenhaus ein Vierteljahr lang keinerlei Information bekommen, wo später das andere Kind betreut wird, welche Fördermöglichkeiten es gibt und wie es generell weitergeht. Seitdem hat sich nichts verändert. Ich habe mich oft im Betreuungsdienst eines Krankenhauses engagiert. Der "Streicheldienst" ist für jene Kinder gedacht, die lange Zeit im Krankenhaus liegen. Dieses Angebot gibt es nicht überall. Auch ist nicht jeder Arzt gleich engagiert und gibt entsprechende Informationen an die Eltern weiter.

Außerdem ist es etwas anderes – das sage ich immer wieder –, wenn man am Anfang der Familiengründung steht und ein solcher Fall eintritt, als wenn man Pflege und Betreuung für die Oma organisieren muss; dann ist man erfahrener und reifer. Zudem entstehen noch andere Ängste, wenn ein Kind betreut werden muss.

Viele Familien verfügen schlichtweg nicht über ausreichende Informationen und kennen die Beratungsangebote nicht. Auch im Krankenhaus erfolgt oft keine Beratung. Dabei wäre das gerade bei chronischen Krankheiten und bei Behinderungen notwendig. Man ist aber in dieser Zeit meistens im Krankenhaus, nirgendwo sonst. Fragen Sie bitte betroffene Eltern!

Unserer Tochter – sie war ein Dreivierteljahr im Krankenhaus – geht es heute gut. Aber die anderen Kinder, die mit ihr auf der Säuglingsintensivstation waren, werden noch heute, 24 Jahre später, gepflegt. Dass die Eltern das jetzt im Griff haben und wissen, wo sie hinmüssen, ist klar. Ist das am Anfang des Lebens, am Anfang der Familie auch klar? Dann hat man nämlich solche Erfahrungen noch nicht gemacht. Man

weiß noch nicht, an welche Stelle innerhalb des Apparats man sich wenden muss, und ist vielleicht auch überfordert. Das müssen doch auch Sie von der CSU verstehen.

Herr Kollege Dünkel – ich sehe ihn gerade nicht – ist Vorsitzender der Lebenshilfe im Nürnberger Land. Herr Kollege Herold, Sie sind Leiter der Lebenshilfe Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Auch Sie hören doch von den Eltern, wie lang der Weg ist, bis sie Informationen bekommen. Dann heißt es von dem Redner der CSU, wir hätten doch in Bayern schon alles. Wenn wir alles schon haben, dann machen Sie es doch bitte bekannter!

Herr Vogel, Sie haben gesagt, die Information funktioniere schon gut. Auf der Homepage des Ministeriums ist zum Beispiel zu lesen, dass wir den demografischen Wandel bewältigen und die Pflege bis zum Lebensende im Wunschumfeld der Menschen gewähren müssten. Wir wissen aber, dass dabei an die Pflege von älteren Menschen, nicht an die Pflege von Kindern gedacht wird. Auch von verunfallten oder kranken Menschen ist dort nicht die Rede. Die notwendige Verknüpfung zwischen den verschiedenen Pflegebereichen gibt es bisher nicht. Nicht einmal das Ministerium hat dieses Erfordernis im Bewusstsein.

Wenn Sie eine Verbesserung der Informationen schon nicht im Gesundheitsministerium verankern wollen, dann kümmern Sie sich doch bitte im Sozialministerium darum, Frau Ministerin und Herr Staatssekretär. Die Eltern brauchen einen erleichterten Zugang zu Informationen. Auch die Krankenhäuser sind entsprechend zu sensibilisieren.

Seien Sie doch stolz darauf, dass Ihnen die SPD zutraut, eigene Wege zu finden. Ich hätte Sie gar nicht für so kreativ gehalten, aber die SPD hat es getan. Sie traut Ihnen zu, den Eltern Hilfe anzubieten. Ich bitte Sie: Helfen Sie den Eltern! Lassen Sie die Eltern und die Kinder nach dem Schock der Diagnose besser ins Leben starten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schmidt. Frau Schmidt, bleiben Sie noch. Ich habe gesehen, dass Herr Vogel eine Zwischenbemerkung machen möchte.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Gern.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Frau Schmidt, eine kurze Frage: Auf welcher Homepage haben Sie nachgeschaut?

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Moment, ich sage es Ihnen gleich. – Link auf der Homepage des Staatsministeriums für "Pflege zu Hause". Da geht es um die Pflege zu Hause.

Steffen Vogel (CSU): Damit sind wir genau bei Ihrem Problem. Federführend für den gesamten Bereich der chronisch kranken Kinder und der Kinder mit Behinderung ist das Sozialministerium. Sie haben also die falsche Homepage erwischt. Aus dem genannten Grund spricht gleich Staatsministerin Emilia Müller und nicht Staatsministerin Melanie Huml. Auf jeden Fall spricht jemand aus dem Sozialministerium.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte das nur klarstellen, weil sie gesagt hat, sie fühle sich schlecht informiert. Wenn sie die Homepage des nicht zuständigen Ministeriums erwischt, dann kann es nicht anders sein.

Das Nächste ist: Ich verwahre mich gegen Ihre Unterstellung. Das, was Sie von Ihrer Tochter geschildert haben, ist höchst bedauerlich. Aber es ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe, 23 Jahre her.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): 24. Es ist übrigens heute noch so.

Steffen Vogel (CSU): Die Situation von vor 24 Jahren lässt sich nicht mit der heutigen gleichsetzen. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert. In den vergangenen 24 Jahren ist unglaublich viel getan worden. Angesichts dessen finde ich es nicht in Ordnung, sich hier hinzustellen und so zu tun, als ob in den vergangenen 24 Jahren in der Behindertenarbeit insgesamt, insbesondere bei den Angeboten für Familien mit chronisch erkrankten oder behinderten Kindern, nichts passiert sei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Vogel. – Bitte schön, Frau Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich antworte Ihnen sehr gern. – Besuchen Sie einmal die Säuglingsintensivstation einer bayerischen Universitätsklinik. Dort ist man mit dem täglichen Geschäft ausgelastet. Dort warten andere Kinder, Geschwisterkinder, vor der Tür. Die Diagnose wird am Lebensanfang gestellt und hat viel Informationsarbeit zur Folge. Insoweit hat sich überhaupt nicht viel verändert. Es gibt auch Angebote, die die Krankenkassen organisieren. Aber viele Eltern wissen es nicht. Für sie steht die Gesundheit ihrer Kinder an erster Stelle. Aber sie haben in einer solchen Situation andere Probleme, als im Internet unterwegs zu sein, um nach diesen Angeboten zu suchen.Ich weiß nicht, wer von Ihnen Arzt ist und wer betroffene Menschen erlebt hat. Die Realität ist eine andere.

Herr Vogel, das ist nichts Großes. Das ist nur eine Verknüpfung und eine Freigabe von Informationen. Ich weiß nicht, welches Ministerium wann welchen Flyer und welche Homepage gestaltet. Hier geht es um eine Information für junge Familien, die ihnen auch zusteht. Springen Sie doch über Ihren Schatten. Sie verteilen zentnerweise Flyer für TTIP, dann werden Sie doch für diese Information auch ein paar übrig haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schmidt. Unser nächster Redner ist der Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Vogel, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Bei diesem ernsten Thema ist es mir völlig wurscht, welches Ministerium dafür zuständig ist. Das ist mir völlig egal.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Entscheidend ist, dass die Eltern wissen, wo sie Hilfe bekommen. Sie können sagen, was Sie wollen, wir haben dabei große Defizite. Eltern, die diese nicht leichte Aufgabe haben, sollten wir zumindest so unterstützen, dass sie Auszeiten nehmen können und von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Wichtig dabei ist, dass sie wissen, wo sie verlässliche und objektive Informationen sowie auch Hilfen finden können. Pflegende Angehörige brauchen ein gebündeltes wohnortnahes Informations- und Beratungsangebot. Sie brauchen eine Beratungsstelle, an die sie sich rund um die Uhr wenden können, und sie brauchen kompetente Ansprechpartner, die die gesamte Bandbreite der Angebote und Leistungen abdecken. Dies gilt insbesondere für Eltern und ihre behinderten oder chronisch kranken Kinder.

Lieber Kollege Vogel, Sie sagen, alles sei gut. Sie haben mehrfach gesagt, dass die Bayerische Staatsregierung alles tut und dass es bei uns deutlich besser ist als in anderen Ländern. Es ist aber nicht so. Im Kindergesundheitsbericht des Gesundheitsministeriums für 2015 wird festgestellt, wo Defizite bestehen. 78 % der betroffenen Familien kennen eben die schon vorhandenen Angebote nicht. Wir fragen uns, warum das so ist. Derzeit gibt es Beratungsangebote, die unstrukturiert und unübersichtlich sind. Die meisten Eltern nutzen diese Angebote tatsächlich nicht. Ich muss es immer wieder betonen: Es zeigt sich, dass eine zentrale Beratungsstelle wie zum Beispiel ein Pflegestützpunkt fehlt. Wir haben diese Einrichtung immer wieder gefordert. Sie wurde nie verwirklicht.

Herr Vogel und die CSU-Fraktion, wir sind auch der Meinung, dass wir keine neuen Einrichtungen brauchen. Wir müssen aber die bestehenden Einrichtungen unabhängig von ihrem Träger endlich einmal vernünftig zum Wohle der zu Beratenden miteinander vernetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer sagt, es gebe keinen Handlungsbedarf, der weiß wirklich nicht, wovon er redet. Vier von zehn der betroffenen Kinder brauchen rund um die Uhr eine Beaufsichtigung. Sie sind mehrfach geistig und körperlich behindert. Sie haben in der Regel nicht eine, sondern mehrere Diagnosen. Auf der Suche nach zuverlässigen Informationen zur Erkrankung ihrer Kinder stoßen viele Eltern an ihre Grenze. Zwei Drittel aller Befragten empfinden jedenfalls in ihrem Fall die Informationen und die Beratung als nicht ausreichend. Zudem erhielt nur ein Viertel der Eltern Hinweise auf eine mögliche psychologische Unterstützung. Wenn überhaupt, dann kommen die hilfreichen Informationen von Selbsthilfegruppen, Klinikärzten und Klinikärztinnen. Das ist kein seriöses Beratungsangebot für diese Gruppe von Menschen.

Deshalb unterstützen wir beide Anträge der SPD-Fraktion. Wir wollten auch eine Konkretisierung des ersten Antrages. Diese Konkretisierung ist erfolgt. Heute sind wir deshalb in der Lage, beiden Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Leiner. – Nächster Redner ist Staatssekretär Hintersberger. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen und ihre Familien benötigen unsere Unterstützung. Ich weiß – und Sie wissen es auch –, wie groß die Leistung der Familienangehörigen und der Eltern ist, die diese Tag für Tag für ihre chronisch kranken oder behinderten Kinder

aufbringen. Selbstverständlich ist diese Unterstützung – darüber muss nicht diskutiert werden – ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung und jedes Mitglieds dieses Hohen Hauses. Wir sorgen uns seit vielen Jahren um eine gute Infrastruktur, um Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen zu unterstützen und ihnen helfen zu können. Diese Infrastruktur ist beileibe nicht statisch, sondern sie entwickelt sich ständig weiter. Sie muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Auch dies ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn der eine oder andere Bedarf an einem zusätzlichen Flyer oder einem zusätzlichen Internetportal – so etwas haben wir im Übrigen schon – besteht, soll dies an uns nicht scheitern. Dies ist unser operatives Geschäft.

Lassen Sie mich ein paar Punkte nennen; denn manchmal entsteht der Eindruck, es gibt nur weiße Flecken und keiner tut etwas für die Familien in dieser besonderen Situation. Einmal gibt es die familienentlastenden Dienste und die offene Behindertenarbeit. Sie unterstützen Familien von Kindern mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen mit intensiven Beratungsangeboten, mit Krisenintervention, mit stundenweiser Betreuung und mit Freizeitgestaltung für die Kinder. Insgesamt gibt es 181 regionale und 84 überregionale Dienste der offenen Behindertenarbeit, die wir mit Ihrer Unterstützung mit über 8 Millionen Euro jedes Jahr fördern.

Ein zweiter Punkt. Wir haben in Bayern ein nach meinem Dafürhalten gut funktionierendes Netz von rund 200 Frühförderstellen. In den Frühförderstellen arbeiten Spezialisten unterschiedlicher Fachrichtungen interdisziplinär bei der Therapie behinderter oder chronisch kranker Kinder zusammen. Zu den Aufgaben der Frühförderstellen gehören auch die Beratung und die Begleitung der betroffenen Familien von der Geburt bis zum Schuleintritt, also von null bis sechs Jahren.

Lieber Kollege Leiner, ich halte es überhaupt nicht für schlimm oder negativ, wenn die Klinikärzte oder die niedergelassenen Kinderärzte die Familien beraten und sie zu den Frühförderstellen bringen. Die Ärzte sind eine wichtige Schnittstelle, sie sind wichtige Multiplikatoren, und sie sind eine richtige und wichtige Beratungsstelle. Dieses Ange-

bot wird mit 19 Sozialpädiatrischen Zentren, die unter medizinischer Leitung stehen, ergänzt und vervollkommnet.

Ein weiterer Punkt, den Sie angesprochen haben, ist die Information. Wie bringe ich die Informationen bestmöglich rüber? Lassen Sie uns hierzu noch den einen oder anderen kreativen Aspekt nennen.

(Doris Rauscher (SPD): Genau darum geht es!)

Ich habe es vorhin schon gesagt, wir werden dazu noch einen Flyer machen.

(Unruhe)

Sie haben die kommunikativen Aspekte angesprochen, Frau Schmidt, darum habe ich sie auch aufgegriffen. Die Selbsthilfegruppen und die Selbsthilfeverbände, aber auch die Internetplattform "intakt.info", die Informationen und Kontakte für Eltern mit behindertem Kind bietet, sind gute Instrumente zum Erfahrungsaustausch. Über "intakt.info" erhalten Eltern von Kindern mit Behinderung fachliche und rechtliche Hilfe, aber auch praktische Unterstützung durch andere selbst betroffene Familien. Dieses kostenfreie Serviceangebot ist abrufbar. – Es gibt also auch durch die modernen Medien eine umfassende Beratung. Auf die gilt es immer wieder hinzuweisen, und in dieser Richtung kann noch mehr getan werden.

Am 1. Januar 2015 ist das Erste Pflegestärkungsgesetz mit niedrigschwelligen Betreuungsangeboten in Kraft getreten. Diese Angebote stehen selbstverständlich auch Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder mit Behinderungen und ihren Familien zur Verfügung. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ärzte in den Kliniken oder auch die niedergelassenen Ärzte bieten ganz besonders viele Unterstützungsmöglichkeiten, die abgerufen werden können. Auf diese Möglichkeit haben auch Sie, Herr Kollege Leiner, im Hinblick auf die Kinderärzte hingewiesen. Ich verweise auf ein konkretes Beispiel, die sogenannte Harl.e.kin-Nachsorge. An mitt-

lerweile 17 Standorten in Bayern wird eine intensive Begleitung und Ausarbeitung des Förderkonzeptes durchgeführt.

Kurzum, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht nur auf einem guten Weg, sondern wir verfügen auch über eine gute Infrastruktur. Jeder kann für seine Familie die Information bekommen, die er braucht. Dass die Information auch weitergehen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Parallelstrukturen würden aber möglicherweise nur verwirren. Davon halte ich nichts. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab bzw. wir bitten darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Jetzt hat sich Frau Kollegin Sonnenholzner zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Staatssekretär, Ihr Hinweis auf das Pflegestärkungsgesetz gibt mir die Möglichkeit, Ihnen zu sagen, dass die nötige Landesverordnung zu diesem Gesetz bis zum heutigen Tage nicht erlassen ist. Es ist deshalb schwierig, die haushaltsnahen Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Zuständigkeit dafür nicht bei Ihrem Hause liegt, sondern beim Ministerium für Gesundheit und Pflege. Hier geht es nicht darum, haushaltsnahe Dienstleistungen niederschwelliger Art anzunehmen, sondern es geht um den niederschwelligen Zugang zu bestehenden Angeboten. Ich sage noch einmal, was eine pflegende Angehörige bei der Diskussion gesagt hat, die wir im Ausschuss geführt haben. Sie sagte: Wir brauchen so etwas wie den ADAC. – Das wären in diesem Fall die Pflegestützpunkte. Jeder, der in eine solche Situation kommt, würde dann wissen, dass dies die Stelle ist, an die er sich wenden kann, bei der er die notwendigen Informationen bekommt, ohne dass er sich stunden-, tage- oder wochenlang erkundigen und herumsuchen muss, weil dort die Informationen zusammenfließen. Das kostet

kein Geld, das kostet nur ein bisschen guten Willen. Nur darum geht es uns in diesem Antrag.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Hintersberger, bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, die Antwort darauf habe ich in meinen Ausführungen gegeben. Wir sind der Meinung, dass wir durch dieses Netzwerk, das von den Internetplattformen bis hin zu den Frühförderstellen und den Förderstellen reicht, in Verbindung mit den Ärzten, seien sie nun in den Kliniken oder seien es niedergelassene Ärzte, gute Möglichkeiten haben, um schnell zu Information und Beratung zu kommen. Das betrifft auch ein niederschwelliges Angebot für häusliche Dienste.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Drucksache 17/10339 – Tagesordnungspunkt 10 – in einfacher Form abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Antrag auf Drucksache 17/10572 – Tagesordnungspunkt 11 – in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 19.35 bis 19.40 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis geben wir, wie immer, zu einem späteren Zeitpunkt bekannt.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf zwischenzeitlich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller und anderer (SPD) betreffend "Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen II", Drucksache 17/10572, bekannt geben: Mit Ja haben gestimmt 61, mit Nein haben gestimmt 80. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.05.2016 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. SPD; Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen II (Drucksache 17/10572)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	80	0